

Windkraft nicht gegen Bürger

Minister Brunner sichert die Überprüfung Gräfenbergs zu

Der Bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Helmut Brunner, hat auf die Anfrage von Landrat Reinhardt Glauber zu den Plänen zur Errichtung von Windenergieanlagen im Staatswald im Bereich der Stadt Gräfenberg geantwortet. Bürgermeister Otto Siebenhaar informierte den Gemeinderat über den Inhalt des Antwortbriefs.

LEUTENBACH (rd) – Demnach wurde den Bayerischen Staatsforsten (BaySF) im Staatsforstengesetz die Möglichkeit eröffnet, weitere Geschäfte zu betreiben. Der Minister führt weiter aus, dass im Bereich der Windenergie die BaySF Investoren Grundstücke für die Planung und Errichtung von Windkraftanlagen zur Verfügung stellt. So genannte Standortsicherungsverträge sollen den Vertragspartnern das Recht einräumen, die erforderlichen Planungsverfahren für die Errichtung von Windrädern auf Staatsforstgrund durchzuführen. Im Genehmigungsverfahren prüfen die Landratsämter und Regierungen, ob öffentliche Belange einer Errichtung entgegenstehen. Im Fall der Genehmigung schließen die BaySF dann einen Pachtvertrag mit dem Investor.

Mit Fingerspitzengefühl

Der Minister informiert den Landrat weiter, dass der Aufsichtsrat von Beginn an großen Wert darauf gelegt hat, dass bei der Entwicklung dieses Geschäftsfeldes mit Fingerspitzengefühl vorgegangen, und auf massive Widerstände in der Bevölkerung Rücksicht genommen wird. Die BaySF, so die Aussage im Ministerbrief, hätten bisher insgesamt 131 Standortsicherungsverträge für Windenergieanlagen im Staatswald abgeschlossen. Angesichts dieser Dimension und des erheblichen Widerstandes, als erste Projekte in der Öffentlichkeit bekannt wurden, hat der Aufsichtsrat einen Stopp von Neuanschlüssen und eine Überprüfung der bestehenden Verträge verfügt. Zielsetzung sei es dabei, sich in Abstimmung mit den Vertragspartnern vorrangig auf solche Projekte zu konzentrieren, die auf Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen. Es sollen möglichst keine Vorhaben gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung zur Umsetzung gebracht werden.

Dieses Vorgehen habe der Minister, so seine Ausführung, am 11. März 2009 in seinem Bericht zu den Zielen der BaySF bei den weiteren Geschäftsfeldern im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Bayerischen Landtages vorgestellt. Es ist, darin gipfelt die Aussage, von den BaySF auch auf die Verträge in Gräfenberg anzuwenden.